

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

120. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 7. Juli 2011

Anlage 16

Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung:

- Beschlussempfehlung und Bericht zu den Anträgen:
 - Situation der Sinti und Roma in Europa verbessern
 - Die Integration der Sinti und Roma in Europa verbessern
 - Für die Umsetzung der Gleichstellung von Sinti und Roma in Deutschland und Europa
- Beschlussempfehlung und Bericht zu den Anträgen:
 - In historischer Verantwortung – Für ein Bleiberecht der Roma aus dem Kosovo
 - Keine Zwangsrückführungen von Minderheitenangehörigen in das Kosovo

(Tagesordnungspunkt 25 a und b)

Petra Pau (DIE LINKE): Erstens. Der Bundestag befasst sich seit Monaten mit der unbefriedigenden Situation der Sinti und Roma in Europa. Dazu gibt es mehrfach Gründe. Zum einen gibt es eine EU-Initiative zur besseren Integration von Sinti und Roma. Zum anderen hatte Zoni Weisz am 27. Januar 2011 als Vertreter der Sinti und Roma im Bundestag die historische und aktuelle Verantwortung Deutschlands angemahnt. Des Weiteren ist es die vielfach eklatante Lage von Millionen Sinti und Roma in Europa selbst.

Zweitens. Ich habe in der Auftaktdebatte hier kritisiert, dass die CDU/CSU und die FDP mit ihrem 12-Punkte-Beschluss zwar formal den EU-Vorgaben folgen. Sie tun ansonsten aber so, als handle es sich um ein auswärtiges Problem, so als hätte es mit der Bundesrepublik Deutschland und mit der Politik hierzulande selbst nichts zu tun. Das aber ist ein Trugschluss und wer Augen zum Sehen und Ohren zum Hören hat, weiß das auch. Nur die Regierungsfractionen ducken sich weg.

Drittens. Und auch das gehört zum Problem: Die EU-Ratspräsidentschaft lag im ersten Halbjahr 2011 bei Ungarn. Somit hatte Ungarn auch die Federführung für eine weitergehende Sinti-und-Roma-Strategie. Ausgerechnet Ungarn, wo die Ausgrenzung und Verfolgung von Sinti und Roma Tagesgeschäft ist und selbst vor Mord nicht zurückgeschreckt wird. Ich habe zu diesem Widerspruch bislang kein Wort gehört, nicht von der CDU/CSU, nicht von der FDP, nicht von Bundeskanzlerin Merkel, auch nicht von Außenminister Westerwelle.

Viertens. Die Abstimmungsempfehlungen aus den parlamentarischen Ausschüssen sind übersichtlich. Die CDU/CSU und die FDP werden mit ihrer eigenen Mehrheit ihren unzulänglichen Antrag zum Beschluss erheben und die weitergehenden Anträge der SPD, der Linken und der Grünen ablehnen. Deshalb will ich auf zwei Punkten noch einmal besonders eingehen.

Fünftens. Die Linke hat gefordert, die geplante Abschiebung von circa 10 000 Roma in den Kosovo auszusetzen. Die Grünen taten es auch. Denn diese Roma werden zwangsweise in ein Land geschickt, das ihnen feindlich gesinnt ist. CDU/CSU und FDP lehnten das ab, die SPD enthielt sich. Im Ausschussprotokoll ist dazu weiter vermerkt: „Alternativen: Annahme der Anträge“, was nicht gewollt war. Und wieder aus der Protokollnotiz: „Kosten wurden nicht erörtert.“ Mit Verlaub: Es geht um Menschen.

Sechstens. Der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma in Deutschland, Romani Rose, hat zudem alle Fraktionen gebeten, ein weiteres akutes Problem zu lösen. Nach deutscher Friedhofsordnung droht zahlreichen Roma-Grabstätten die Einebnung. Sie sind zugleich Roma-Gedenkorte, die an den Holocaust erinnern. In dem Beschluss, der heute zur Abstimmung steht, findet sich auch dazu nichts. Kurzum: Die Linke wird diesen unsensiblen und würdelosen Koalitionsantrag ablehnen.